

Allgemeine Zeitung - Bad Kreuznach | 21.10..2016 | Seite 12

Klößner: „Fusion durch die Hintertür“

KOMMUNALREFORM CDU-Chefin warnt Land vor vorschneller Entscheidung / Gutachten abwarten

Von Thomas Haag

STROMBERG/LANGENLONS-

HEIM. Die Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag, Julia Klößner, zeigte sich verwundert über den Vorstoß der SPD, die Verbandsgemeinde Stromberg aufzulösen und mit Langenlonsheim fusionieren zu wollen (die AZ berichtete).

„Hat die Landesregierung denn nicht aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt?“, fragt Klößner in einer Pressemitteilung. Erheblicher Unmut und Verärgerung der Bürger im Land seien schon mehrfach die Folge gewesen, weil die Landes-SPD überhastet versucht habe, „Verbandsgemeinden zusammenzulegen, wie es gerade passt“, so Klößner.

Die CDU-Chefin empfiehlt, „in die Bevölkerung reinzuhören“. Erst müsse doch definiert werden, was mit einer Zusammenlegung oder Zerschlagung besser oder billiger werden solle. „Bisher ist es bei keiner der Zwangsfusionen im Land nachgewiesen worden, dass etwas effektiver und günstiger geworden ist, im Gegenteil. Ehrenamtliche haben frustriert das Handtuch geworfen. Wie kann man denn über die Köpfe der eigenen Bevölkerung die eigen-

ständige Zukunft der eigenen Verbandsgemeinde vorschnell aufgeben?“, fragt sich Julia Klößner mit Blick auf den Vorschlag der Stromberger Verbandsbürgermeisterin Anke Denker (SPD). Sie habe den Eindruck, hier solle im Auftrag der Mainzer Regierung, konkret dem von Innenminister Roger Lewentz (SPD), vorgefühlt und getestet werden, was gehe. „Das sieht wieder nach Überfahren der Bevölkerung aus. Warum wartet man denn nicht auf die Gutachten, die von allen Landtagsfraktionen am Ende der vergangenen Legislaturperiode noch in Auftrag gegeben wurden?“, fragt sich Klößner.

Während Gutachter dabei seien, zu untersuchen, wie die Kommunalstrukturen im Land weiterentwickelt werden könnten, und noch bevor das Ergebnis da sei, schiebe die SPD „durch die Hintertür“ die nächste Fusion an. Julia Klößner: „Just dort, wo die eigene Parteifreundin in Ruhestand gehen will und kein geeigneter SPD-Kandidat in Aussicht ist, genau da will man die Verbandsgemeinde auflösen.“ Das sei, so die CDU-Chefin, „das hektische Einschlagen von Nägeln mit Köpfen, die dann wieder schief sitzen“.